

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 26. 35. Jahrg.

30. Juni 1922

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 10 Mk. nkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 20 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88 III, Redaktions-schlößl, Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 : Druck- und Expedition:
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 4.- Mk., bei Wiederholung Rabatt Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 2.- Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten.

Ab 2. Juli beträgt der wöchentliche Vollbeitrag Mk. 20.-

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Das Existenzminimum. Rundschau. 2. Gewerkschaftliche Jugendkonferenz. Wenn Arbeiter zusammen kommen. . . .
Allgemeines: Der Verband im Jahre 1921. II. Gautag IV (Rheinland-Westfalen). - **Der Betriebsrat:** Deflation, Devaluation, Denomination. - **Der Lithograph:** Deutscher Lithographenbund in Liquidation. - **Photomech. Fächer:** Ortsbericht Berlin, Chemigraphen. - **Feuilleton:** Der Maibock. Eingegangene Schriften. **Eingegangene Gelder.** - **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Mit Schreiben vom 9. Juni hat uns das Reichs-Arbeitsministerium mitgeteilt, daß der *Nachtrag IX des Formstechertarifes* für das Vertragsgebiet ab 18. März für allgemein verbindlich erklärt worden ist.

Wir bringen unseren Kollegen zur Kenntnis, daß sich für *Siebenbürgen* und das *Banat* eine Sektion für Lithographen, Chemigraphen, Stein- und Lichtdrucker im „Verbande der graphischen Arbeiter“ gegründet hat. Die Adresse ist:

Klausenburg (Cluj) Arbeiterheim, Prata Unirei 9

Es wird uns mitgeteilt, daß deutsche Kollegen, die ohne vorherige Erkundigung in Unkenntnis der Verhältnisse dort in Stellung getreten sind, schweren Schaden erlitten haben. Die junge gewerkschaftliche Organisation hat sich unserem internationalen Sekretariat angeschlossen, so daß ordnungsgemäß dort in Arbeit tretende Kollegen auf Grund der Gegenseitigkeit in die Organisation aufgenommen werden. Es wird an die deutschen Kollegen das Ersuchen gerichtet, durch diszipliniertes Verhalten auch in Rumänien geregelte Verhältnisse herbeizuführen.

Der Verbandsvorstand.

Das Existenzminimum.

Trotz, oder besser gesagt, gerade ob der tiefgehenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, die durch die Ereignisse der jüngst vergangenen Zeit ausgelöst worden sind, steht, nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern kapitalistischer Wirtschaft, die Lage der Lebenshaltung der Arbeiter im Vordergrund des allgemeinen Interesses und die Riesenkämpfe, die zur Zeit zwischen Kapital und Arbeit toben, bezwecken weiter nichts, als unter Anwendung aller Kraft und Macht die Basis der Verteilung der Lebensgüter abzustecken. Auch die sogenannten Lohnverhandlungen, die für die in unserem Verbands Organisierten in letzter Zeit allmonatlich geführt werden, sind weiter nichts als ein mit aller Zähigkeit geführter Kampf um die Verbesserung der Lebenslage der Gehilfen und ein Ringen um die Verteilung der Bedarfsgüter, die nun einmal notwendig sind, das Leben fristen zu können, um nicht nur im Produktionsprozeß als vollgültig Glied gelten, sondern auch als Mensch ein menschenwürdiges Dasein führen zu können.

Dieses menschenwürdige Dasein führen zu können, die Mittel zu besitzen, all die lebensnotwendigen Güter sich verschaffen zu können, das ist das A und O aller Lohnverhandlungen, die in der Jetztzeit auf ständiges Drängen der Arbeiter zu führen sind. Allein schon die Tatsache der ständig zu führenden Lohnverhandlungen, noch mehr aber die Tatsache, daß die Festsetzung der Gegenleistung für geleistete

Arbeit oft nur unter Anwendung aller Machtmittel, meist ohne irgend welche Befriedigung auszulösen, möglich ist, zeigt ganz deutlich, daß hier zwei Prinzipien miteinander ringen, die nicht in Übereinstimmung miteinander zu bringen sind. Ganz besonders aber die letzte Tatsache zeigt, daß Sein oder Nichtsein die Ursache dieser zähnen, oft direkt vernichtender Kämpfe sind und daß es dabei auf Arbeiterseite um die Existenz schlechthin geht.

Und daß es jetzt bei den Lohnkämpfen zwischen Kapital und Arbeit tatsächlich um die Existenz der Arbeiterschaft schlechthin geht, kann kein nüchtern denkender Mensch bestreiten. Die eigene Logik der Dinge hat diesen Zustand herbeigeführt, den vielleicht niemand mit Bewußtsein herbeiführen wollte, der aber als unvermeidlich von weitsichtigen Köpfen mit überraschender Sicherheit vorausgesagt wurde, die aber auch zugleich aus der Kenntnis der Geschichte das Fazit zogen, daß auch dieser Krieg Lokomotive der Weltgeschichte sein wird. Nur aus den bizarren Verhältnissen, die der Krieg durch seine riesenhafte Verschleuderung von lebensnotwendigen Gütern schuf ohne auf einen Ersatz des Verschleuderten wenigstens in einem prozentualen Verhältnis zu achten, konnten die Kämpfe als Ursache erwachsen, deren Feldgeschrei die Erringung des Existenzminimums ist.

Erringung des Existenzminimums, das ist auch der Unterton, der sich durch alle Auseinandersetzungen auch in Kollegenkreisen zieht, sofern die wirtschaftliche Lage der Kollegen zur Debatte steht. Die oft seltsamen Forderungen, die dabei aufgestellt werden, resultieren aus dem Bestreben, den Lebensstandard der Vorkriegszeit wieder zu erreichen, und die wiederholt vorgenommenen Umrechnungen der vorkriegszeitlichen Goldlöhne in Valuta-Papiergeldlöhne und die daraus sich notwendigerweise ergebenden Lohnfehlbeträge sind nicht selten der Angelpunkt, um den sich dann das Weitere dreht, zuletzt aber immer wieder die Forderung der unbedingten Erringung des Existenzminimums ergibt.

Forscht man danach, was denn nun eigentlich als Existenzminimum betrachtet wird, dann gehen die Meinungen auch in unseren Kreisen sehr weit auseinander weil die Ansichten darüber, was zum Lebensunterhalt unbedingt notwendig ist, sehr verschieden sind. Während die einen nur physische Bedürfnisse zur Grundlage der Existenz rechnen, greifen andere auch auf das soziale Gebiet hinüber. Dabei tut sich dieselbe klaffende Differenz auf, die sich auch in der Wissenschaft zeigt, die durch den Gang der Entwicklung ebenfalls gezwungen wurde, zur Frage des Existenzminimums Stellung zu nehmen. Es kann in diesem Zusammenhange davon Abstand genommen werden, die verschiedenen Methoden andeutungsweise zu erwähnen, die die Wissenschaft anwendet, um zur Feststellung des Existenzminimums zu kommen. Hervorgehoben aber sei, daß auch die Wissenschaft zu zwei Unterscheidungen bei Fixierung des Existenzminimums gekommen ist. Und zwar zum physischen und zum sozialen Existenzminimum. Unter dem physischen Existenz-

minimum versteht die Wissenschaft nur die zum Leben unbedingt notwendigen Bedürfnisse an Ernährung, Kleidung, Wohnung usw. Von ihr resultieren die sogenannten „Graubenrechnungen“, die lediglich ein Vegetieren gestatten, also für einen Menschen, der produktiv zu arbeiten gewillt ist, ganz außer Betracht kommen. Das soziale Existenzminimum erstreckt seine Forderung auch auf ein Minimum von sogenannten Kulturbedürfnissen.

Der Errechnung des reinen Ernährungsminimums, des physiologischen Existenzminimums, wäre verhältnismäßig leicht. Hier böten jedenfalls die von den Physiologen für die Erhaltung des Lebens und damit der Arbeitskraft schlechthin als unbedingt notwendigen Bedarfsmengen an Kalorien (Eiweiß, Fetten und Kohlehydraten) einen gewissen, jedenfalls nicht zu stark umstrittenen Anhalt. Aber damit wäre kaum jemand gedient; uns als qualifizierten Arbeitern aber ganz bestimmt nicht. Selbst wenn noch ein bestimmter Prozentsatz des Ernährungsminimums zur Befriedigung sogenannter Kulturbedürfnisse als notwendig zur Erhaltung, Ausbildung und Fortpflanzung der Arbeitskraft der Kollegen bei Bemessung des Existenzminimums in Ansatz käme, dürfte ein so bestimmter Zweck nicht erreicht werden. Denn die notwendige Menge Gebrauchs- und Konsumgüter, sowie die Möglichkeit der Befriedigung der Kulturbedürfnisse, wird nicht herbeigeschafft durch die Berechnungen der Physiologen, sondern durch die volkswirtschaftliche Produktion. Deshalb sind auch alle Einwände nicht von der Hand zu weisen die darauf beruhen und sagen, daß der einzelne nicht mehr an notwendigen Bedarfsgütern zu seiner Erhaltung haben kann, als eben produziert werden und auf den einzelnen entfallen. Ob diese Menge der Bedarfsgüter dann in Waren selbst oder in dem Mittel, diese Waren zum Verbrauch zu bekommen, ausgedrückt werden, ist an sich recht nebensächlich.

Wenn die Menschen bei Erörterung der Frage des Existenzminimums „heute nur in Geld und nicht in Waren denken“, so liegt das nicht zuletzt daran, daß ein Teil „so große Mengen notwendiger Gebrauchs- und Konsumgüter . . . kraft seines Besitzes von Kapital“ für sich in Anspruch nimmt, daß sie in schreiendem Gegensatz zu seinem Anteil an der Produktion stehen. Wir wissen, daß nur Arbeit das Mittel ist, soviel Gebrauchs- und Konsummittel, sowie die für die Befriedigung aller Kulturbedürfnisse notwendigen Dinge zu schaffen als benötigt werden. Wir wissen aber auch, „daß die Notlage unserer Kollegenschaft eine größere ist, als sie durch die Gesamtwirtschaftslage unserer Zeit ganz natürlicherweise begründet ist.“ Die Ursache ist in der Tatsache zu finden, daß auch in unserm Gewerbe nicht die Leistungen im Produktionsprozeß maßgebend sind für das Maß der Menge notwendiger Lebensgüter, die dem einzelnen zukommen, sondern daß auch hier die Grundsätze kapitalistischer Wirtschaft geltend sind, die den einzelnen nicht nach seinen Leistungen im Produktionsprozeß, sondern nur als Erzeuger von

Mehrwert werten. Solange aber diese Grundsätze maßgebend sind, also der Mensch nicht als Maß aller Dinge gilt, sondern die Produktion von Mehrwert das A und O aller kapitalistischen Produktion ist, die als Folge selbst vor so grausigen Dingen, wie sie der Weltkrieg gebracht hat, nicht zurückschreckt, bleibt schon nichts anderes übrig als relative tarifliche Gleichmacherei, als Ausdruck der jeweiligen Machtverhältnisse. Selbst gleitende Lohnskala und unterschiedliche Behandlung der Ledigen und Verheirateten, so gerecht sie unter anderen Verhältnissen wirken mögen, sind unter der Herrschaft kapitalistischer Produktionsmethoden Mittel zur Vergrößerung des Profites und werden deshalb abgelehnt. Solange nicht die Individualwirtschaft durch die Gemeinwirtschaft abgelöst ist, solange nicht die Produktionsmittel aus dem Einzelbesitz oder dem Besitz von Konsortien in den Allgemeinbesitz überführt worden sind, wird der Kampf um die Verteilung der Güter der volkswirtschaftlichen Produktion geführt werden müssen. Maßgebend ist deshalb in diesem Kampfe nicht das physische wie das soziale Existenzminimum, weil es die Berechtigung der Existenz kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft schlechthin anerkennt, sondern maßgebend ist vielmehr die Beseitigung nicht nur der Vorrechte, sondern des Kapitals selber.

Denn erst mit Beseitigung des Kapitalismus, erst mit Beseitigung des jetzt herrschenden Prinzipes, die volkswirtschaftliche Produktion nicht nach den lebensnotwendigen Bedürfnissen, sondern nach der erfolgreichsten Produktion von Profit zu orientieren, ist die Möglichkeit geschaffen, das Existenzminimum zur Grundlage der volkswirtschaftlichen Produktion zu machen. In der kapitalistischen Produktionsweise ist es umgekehrt. Nicht was unbedingt notwendig gebraucht wird, sondern was Aussicht auf größte Profite verspricht, ist Gegenstand der Produktion. Nur aus dieser Tatsache ergeben sich all die Kämpfe, die gegenwärtig alle Länder kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft erschüttern und zwischen Kapital und Arbeit geführt werden. Der Kampf um das Existenzminimum ist in Wirklichkeit ein Kampf um eine neue Wirtschaftsform. Und diese neue Wirtschafts- und Gesellschaftsform heißt Sozialismus. Wer deshalb ernsthaft um das Existenzminimum für alle produktiv Tätigen ringen will, muß um die neue Wirtschafts- und Gesellschaftsform, um den Sozialismus ringen. Lohnverhandlungen oder Kämpfe um Lohnerhöhung werden immer im Höchsthalle nur einen mageren Ausgleich bringen.

Rundschau.

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker wird für den 11. Juli und folgende Tage zur Beratung und Beschlussfassung über nachstehende Gehilfenanträge nach Leipzig einberufen:

1. Erhöhung der Feuerungszulage
2. Beseitigung eines Mißverhältnisses zwischen Grundlohn und Teuerungszulage bei den Berechnern.
3. Lohnregulierung für die über Minimum entlohnten Gehilfen.

Die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe. Für die graphische Industrie ergaben sich für April 1922 nach dem „Reichsarbeitsblatt“ bezüglich der Arbeitslosigkeit (männliche und weibliche Arbeiter zusammen und im Prozentverhältnis getrennt) seit Jahresanfang folgende Ziffern:

	Lithographen und Steindrucker	Verband der Deutschen Buchdrucker	Hollzschneider	Einbinder	Leinwand- und Buchbinden	Graph. Zentralverband (christl.)	Gesamtheit aller Fachverbände
1922							
Januar	174	918	224	728	20	4	190 614
männlich	9,0	1,1	1,2	1,5	0,8	0,1	3,8
weiblich	3,3	0,6	0,9	0,9	0,0	0,0	0,7
Februar	124	1245	125	789	33	6	168 575
männlich	0,6	1,7	1,4	1,0	1,2	0,2	3,1
weiblich	2,1	0,9	0,8	0,8	0,1	1,7	1,7
März	175	1194	490	580	35	14	71 004
männlich	0,9	1,7	1,6	0,8	1,3	0,4	1,2
weiblich	3,2	0,8	0,6	0,6	0,2	0,9	0,9
April	105	1136	457	774	50	9	51 417
männlich	0,6	1,9	1,1	0,9	1,9	0,2	0,9
weiblich	0,8	0,9	0,8	0,8	0,2	0,8	0,8

Die Arbeitslosigkeit im Ausland. In England waren Ende April 17,4 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder erwerbslos gemeldet. Von den rund 12,4

Millionen Mitgliedern der Arbeitslosenversicherung wurden am 10. April 1922 441 als völlig arbeitslos und 187 000 als Kurzarbeiter unterstützt. Darin zeigt sich wohl eine Besserung gegen die Vormonate, aber doch nur eine geringe, und die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor das große Problem der englischen Wirtschaft.

Aus Italien liegen neuere Zahlen nicht vor. Bis Ende Februar ist ein ununterbrochenes Steigen der Arbeitslosigkeit zu beobachten. Der letzte Ausweis gibt 607 000 Arbeitslose an.

Die skandinavischen Länder zeigen eine geringe Besserung. Immerhin meiden die dänischen Gewerkschaften noch Ende April 24 v. H. der Mitglieder arbeitslos. Die schwedischen Gewerkschaften geben für Ende März 31 v. H. der Mitglieder als arbeitslos an. Norwegen meldet 21 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos.

In der Schweiz zeigt sich eine geringe Besserung. Jedoch sind noch immer Ende April fast 82 000 Vollerwerbslose gemeldet. Die Zahl der Kurzarbeiter ist noch gestiegen.

Wiedererrichtung des Internationalen Berufssekretariats der Keramischen Arbeiter. Nach vielen Bemühungen und einem Briefwechsel mit den Landesverbänden der Keramischen Arbeiter von Dänemark, Deutschland, England, Holland, Italien und der Tschechoslowakei haben sich die Organisationen geeinigt, die Internationale der Keramischen Arbeiter, deren Sitz in Berlin und deren Sekretär Georg Wolman war, wieder zu errichten.

Die Konferenz, die über die Wiedererrichtung beschließen wird, wird vermutlich im nächsten August stattfinden.

Noch in diesem Monat wird der Verband der Keramischen Arbeiter Amerikas (National Brotherhood of Operative Potters, Vereinigte Staaten, an den Amerikanischen Gewerkschaftsbund angeschlossen, ungefähr 10 000 Mitglieder) seinen Kongreß abhalten und die Frage erörtern, ob er sich dem Internationalen Berufssekretariat anschließen wird.

Die einzelnen Stadien der Geldentwertung. Die Durchschnittskosten für den Lebensunterhalt waren nach den Feststellungen des Reichsstatistischen Amtes im Januar 1921 auf das 12,6fache, im Januar 1922 auf das 22fache und im April auf das 43 1/2fache der Friedenspreise gestiegen, die Kosten für die Ernährung allein an denselben Terminen auf das 9,4fache, das 16,4fache und das 31,6fache. (In Wirklichkeit liegt der Preis noch bei weitem höher.) Der Großhandelsindex betrug im Januar 1921 das 14,4fache des Friedensindex, im Januar 1922 das 36,7fache und im April das 63,5fache. Die Börsenindexziffer betrug das 2,6fache, das 6fache und das 7,7fache. Das Weltmarktpreisniveau beträgt heute für Deutschland das 105,3fache gegenüber der Friedensparität.

2. Gewerkschaftliche Jugendkonferenz.

Am 17. und 18. Juni tagte die vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einberufene 2. Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit in den Räumen des Leipziger Volkshauses, deren Beschlüsse einen starken Einfluß auf die Art und den Inhalt der freigewerkschaftlichen Jugendarbeit ausüben werden. Leistete die erste Konferenz in Kassel in der Hauptsache Vorbereitungsarbeit, so die zweite in Leipzig in der Hauptsache praktische Organisationsarbeit.

Schon der starke Besuch dieser Konferenz bewies, daß zwischen Kassel und Leipzig die Gewerkschaften der Jugendarbeit eine viel größere Beachtung geschenkt haben. Anwesend waren: Von den Zentralvorständen 66, von den Ortsverwaltungen 70, von den Ortsausschüssen 44, vom ADGB 2 und als Gäste 10 Delegierte. Von unserem Verband waren delegiert: Als Vertreter des Verbandsvorstandes und der Zentral-Lehrlings-Kommission der Kollege Ronner und als Vertreter der Lehrlinge der Jugendkollege Bichner, Leipzig.

Den Bericht des Jugendsekretariats, das auf Wunsch der Kasseler Konferenz vom ADGB errichtet worden ist und seit Februar dieses Jahres seine Tätigkeit aufgenommen hat, gab der Jugendsekretär Maschke. Der Bericht hob hervor, daß die besondere Arbeit der Gewerkschaften für die Jugend noch in ihren Anfängen sei, aber doch immerhin gute Fortschritte gemacht habe. Nach einer statistischen Aufnahme seien in den dem ADGB angeschlossenen Verbänden 464 000 und in den des Afa-Bundes 32 000 jugendliche organisiert, so daß man mit rund einer halben Million freigewerkschaftlich organisierter jugendlicher rechnen könnte. Besondere Jugendzeitschriften bestehen sei. Die Form der Organisation der Jugendlichen sei verschieden. Allgemein aber sei der Wille der Gewerkschaften, die Jugendlichen wirtschaftlich zu schützen, und das Jugendsekretariat werde auch nach dieser Richtung seine Pflicht zu erfüllen suchen.

Nach der sehr reichlichen Aussprache wurde beschlossen, dem Gewerkschaftskongreß zu empfehlen, dem Jugendsekretariat einen Beirat zur Seite zu stellen, bestehend aus Vertretern der 14 Industriegruppen. Die gestellten Anträge, sofern sie nicht der Ablehnung verfielen, wurden dem Beirat zur nochmaligen Beratung mit der Maßgabe überwiesen, daß in den verschiedenen Anträgen Branchbare nutzbar zu machen.

Über den zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Neugestaltung des Lehrlingsrechts und die notwendigen Abänderungen der Gewerbeordnung referierte A. Meißner, Berlin, der in großzügiger Weise die durchaus

schwierige Materie behandelte. Soll ein wirklich den Verhältnissen entsprechendes Lehrlingsrecht geschaffen werden, dann muß auch die Gewerbeordnung in entsprechender Weise geändert werden. Das in Vorbereitung befindliche Lehrlingsgesetz müsse die Materie einheitlich regeln und den Einfluß der Innungen und Handwerkerkammern auf die Gestaltung des Lehrlingswesens brechen. Die Diskussion ergab eine Fülle von Material, daß der Beirat zur gegebenen Zeit in entsprechender Weise verwenden soll.

Von außerordentlicher Bedeutung war auch das Referat des Ingenieurs Fröhlich vom Bund der technischen Angestellten und Beamten über Lehrwerkstätten. Der Referent teilte das große Gebiet der Lehrlingsausbildung ein in a) Meisterlehre, b) Privat-Lehrwerkstätten und c) staatliche Lehrwerkstätten. Aus einer Betrachtung der drei Hauptarten der Lehrlingsausbildung zog der Referent den Schluß, daß der Betriebs-Lehrwerkstätte unter Beachtung des Besuchs auch von Lehrlingen kleinerer Betriebe der Vorzug zu geben sei, ohne die Schattenseiten dieser Lehrlingsausbildung, unbeachtet zu lassen. Redner empfahl den Gesellen, ihren Einfluß auf den Geist dieser Lehrwerkstätten wie auf die Auswahl der Lehrkräfte geltend zu machen und dahin zu wirken, daß der Ausbildung in der Lehrwerkstätte die im Betriebe folgt.

Das Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit erörterte Dr. W. Löwenberg und die Muster-satzungen für gewerkschaftliche Jugendkartelle der Kollege Pietzsch vom Eisenbahnerverband. Beide empfahlen das von der Kommission Vorgelegte, daß den Forderungen entspricht. Das Programm wie die Muster-satzungen wurden, nachdem einige redaktionelle Änderungen zugesagt waren, die vom Beirat vorgenommen werden sollen, gegen wenige Stimmen angenommen. Die ebenfalls gegebene Anregung, durch Beseitigung des Reichsausschusses der Arbeiter-Jugend-Organisationen den vorhandenen Zankapfel aus der Welt zu schaffen, ist ebenfalls dem Beirat zur vorherigen Beratung überwiesen worden. Die nächste Jugendkonferenz soll zu dieser Frage endgültig Stellung nehmen.

Das von Wilhelmy erstattete Referat über die örtliche Jugendarbeit der Gewerkschaften beschäftigte sich in der Hauptsache mit den Aufgaben der Orts-Jugendkartelle und der sonstigen Kleinarbeit, die uns als Organisation durch unsere langjährige Arbeit für unsere Lehrlinge aus Erfahrung hinreichend bekannt ist. Diese von uns gesammelte Erfahrung und die sich daraus ergebene Praxis hat, wie schon auf der Konferenz in Kassel auch auf der Konferenz in Leipzig eine nicht untergeordnete Rolle gespielt und nicht selten bezogen sich die einzelnen Redner auf unsere Einrichtungen, die sie als nachahmenswert bezeichneten. Das muß uns veranlassen, mehr noch als bisher der Jugenderziehung und Jugendausbildung unsere Aufmerksamkeit zu schenken und zu betätigen, was auch bei uns noch faul ist. Und da ist in erster Linie darauf zu sehen, daß jeder Kollege den Veranstaltungen unserer örtlichen Lehrlingsabteilungen die größte Aufmerksamkeit schenkt und jeder Lehrling zum Besuche dieser Veranstaltungen angehalten wird. Es ist aber auch darauf zu achten, daß der Lehrling von heute der Kampfgenosse von morgen ist und er so erzogen wird, daß er auch völliges Vertrauen in seine Kollegen setzen kann. Daran mangelt es noch, auch in unsern Kreisen.

Wenn Arbeiter zusammen kommen

Wenn Arbeiter zusammen kommen, und miteinander reden wollen, so brauchen sie nicht lange nach Gesprächsstoff zu suchen. Die unzulänglichen Löhne, der schamlose Wucher mit den wichtigsten Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, die Machtgeldlose des erstarkten Unternehmertums, die mehr und mehr sich ausbreitende Klassenjustiz, kurzum der ganze Jammer der arbeitenden Menschheit bildet ein Thema, das unerschöpflich ist und dem mit jedem werdenden Tage neue Quellen sich erschließen.

So selbstverständlich es nun ist, daß der geistig rege Arbeiter je nach seinem Temperament und nach seiner politischen und wirtschaftlichen Vorbildung die heutigen Zustände zu beurteilen versucht, so unverständlich ist die eigenartige Auffassung weiter Arbeiterkreise, die durch ihr Verhalten den Beweis dafür liefern, daß der schlimmste Feind jeden Fortschritts der Unverstand der Massen ist.

Man kann und darf nicht verlangen, daß die Arbeiterschaft sich eine Meinung zulegen kann, die fertig aus der Fabrik zu beziehen ist. Jede Uniformierung der Ideen führt zur Unselbständigkeit und zum Rückschritt. Immerhin wäre aber zu wünschen, daß einige Elementarwahrheiten geistig Allgemeingut der Arbeiterklasse würden. Wie sieht es nun damit aus?

Bei dem Suchen nach einem Mittel, das geeignet wäre, aus den heutigen Nöten herauszuführen, richten sich die Augen zahlreicher Arbeiter auf die festgesetzten Deutschen Gewerkschaften mit ihrer im Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund zusammengefaßten Macht.

Was man dem zerrissenen politischen Zweig der Arbeiterbewegung nicht mehr zutraut, das erwartet man mit einer bedenkenlosen Gläubigkeit von den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften, sagt man, brauchen nur zu wollen und ihre ganze Macht einzusetzen, dann wirds anders. Diese Auffassung,

schmeichelhaft, sie für die Gewerkschaften auch ist, kennzeichnet den Hang zu Illusionen, von dem bestimmte Teile der Arbeiterschaft noch heute befallen sind.

Wir freuen uns gewiß aufrichtig, wenn der Glaube an die Stärke der Gewerkschaften sich immer unerschütterlicher in den Köpfen der Arbeiter festsetzt. Dieser Glaube ist dem Arbeiter heute mehr denn je vonnöten, weil er ihm erst die Kraft gibt, für seine Organisation mit voller Hingabe zu arbeiten in dem Bewußtsein, daß diese Elendsperiode auch einmal überwunden werden muß und nur überwunden werden kann mit starken geschlossenen Organisationen. Wenn also organisierte Arbeiter sich der Stärke ihrer Gewerkschaften bewußt sind und bestrebt sind, diese Stärke auch weiterhin zu erhalten und zu erhöhen, so befinden sie sich auf einem Wege, der als der Nacheiferern wert bezeichnet werden kann.

Um etwas ganz anderes aber handelt es sich bei denen, die heute von den Gewerkschaften die Bereinigung von allen Übeln verlangen. Sie sind von der Kraft der Gewerkschaften so überzeugt, wie der Neger von der Macht seines Fettschies, der geprügelt wird, wenn er keinen Regen schaffen kann. Sie fordern ein weithin sichtbares Experiment, dessen Gelingen sie zwar wünschen, von dessen Durchführbarkeit sie sich indessen keine rechte Vorstellung machen können. So wie sie jeder politischen Parole in abergläubischer Bewunderung nachhelfen, so sind sie jetzt, nachdem sie eine Enttäuschung nach der anderen hinterwürgen mußten, bei den Gewerkschaften angelangt, denen sie getreue ihrer bisherigen Denkweise, wunderwürdige Kräfte zuschreiben.

Um nur ein Beispiel anzuführen, verlangen diese guten Seelen, daß der ADGB, sobald als möglich den allgemeinen Generalstreik über ganz Deutschland proklamieren, um eine Verbilligung der Lebensmittel durchzusetzen. Bei einem solchen umfassenden Angriff werde der gesamte Kapitalismus zusammenbrechen. — Man hält es also für durchaus möglich, einen Preisrückgang durch den Generalstreik zu erzwingen und da diese Ansicht gar nicht so vereinzelt festzustellen ist, so wollen wir deren Berechtigung einmal nachprüfen.

Gesetzt den Fall, auf einen Wink vom ADGB, stände in Deutschland das gesamte wirtschaftliche Leben still. Die Industrie und die Landwirtschaft feierten, der Handel und der Verkehr ruhten. Die vorhandenen Warenvorräte erfahren also keine Vermehrung, sondern blieben vorläufig in den Speichern liegen, des Tages und der Stunde harrend, wo sie dringend benötigt werden. Und weil der Einzelhaushalt keine Vorräte auf sammeln kann so rückt diese Stunde mit unerbittlicher Selbstverständlichkeit heran. Wenn dann die Speicher sich öffnen müssen, um den dringenden Bedarf der Massen zu decken, so verringern sich die Warenvorräte. Mit der wachsenden Nachfrage und dem sinkenden Angebot erhöht sich jedoch der Preis der Ware. Diese Preissteigerung kann auch nicht dadurch aufgehalten werden, daß man die einheimischen Kapitalisten vertreibt. Denn abgesehen davon, daß der Preis in irgend einer Form von der Allgemeinheit aufgebracht werden muß, geriete die ganze Volkswirtschaft in umso größere Abhängigkeit von dem ausländischen Kapitalisten, der unangreifbar vor seinem zugebundenen Korn sack stünde. Zunehmende Warenknappheit erhöht also die Abhängigkeit des Volkes vom Besitzer der Ware. Diese Abhängigkeit kann nur gemildert werden durch gesteigerte Produktion. Soll also der Generalstreik nicht zum Chaos ausarten, so muß mit möglichstster Beschleunigung der Austausch von Arbeitskraft und Ware wieder einsetzen. Was Hilfe es nun den arbeitenden Massen, wenn sie dann für die tägliche oder wöchentliche Vorauszahlung ihrer Arbeitskraft ein geringeres Quantum an Lebensmitteln erhielten, als vor dem Generalstreik? Der Generalstreik hätte dann das gerade Gegenteil von dem erreicht, um dessen willen er unternommen wurde.

Nicht Verbilligung der Lebensmittel und Bedarfsartikel, sondern Verteuerung derselben, nicht Befestigung, sondern Befestigung des Kapitalismus wäre als Ergebnis des Kampfes zu buchen. Sollen also die Gewerkschaften eine Aktion unternehmen, deren kläglicher Ausgang schon von vornherein feststeht?

Ein Generalstreik kann notwendig werden, um politische Gejahren abzuwenden. Wirtschaftliche Gejahren werden jedoch durch Streiks nicht beseitigt, sondern vermehrt. Diese einfache Wahrheit mögen diejenigen begreifen lernen, welche den Gewerkschaften alle erdenklichen Aufgaben zuweisen pflegen, dabei aber die ureigensten Zwecke der Gewerkschaften verkennen, nicht selten sogar mitlichten. Die Durchführung der Tarife, die Schaltung der Vertrauensleute und Betriebsräte, die rege Anteilnahme am gewerkschaftlichen Leben überhaupt sind Dinge, denen mancher Arbeiter höchst gleichgültig gegenübersteht.

Dafür wird aber jede mit viel Phantasie und wenig Kenntnissen erhobene Forderung eifrig den Gewerkschaften unterbreitet, da diese angeblich „ja nur zu wollen brauchen.“ — Wie selbst äußerlich gerichtete Gewerkschafter, sofern sie über genügende Einsicht verfügen, über die Allmacht des Willens denken, bewies kürzlich ein Berliner Funktionär, der sich hauptsächlich die Schulung der Betriebsräte zur Aufgabe gestellt hat. In einem Vor-

trage über Entstehung und Bedeutung des Betriebsrätegesetzes sagte er unter anderem fast wörtlich: „Es ist eine verhängnisvolle Illusion, zu glauben, daß tiefgreifende Umwälzungen politischer oder wirtschaftlicher Art von dem guten Willen der Menschen abhängen, daß allein der Wille genügt, um die Entwicklung schnell einem gewünschten Ziele zuzutreiben. Wenn in dem kulturellen Stand und den ökonomischen und politischen Verhältnissen eines Volkes bestimmte Bedingungen nicht vorhanden sind, dann genügt auch der gute Wille nicht, um eine Änderung herbeizuführen.“ Es ist nur schade, daß vor 3 Jahren nicht jeder Führer den Mut zu solchen verständigen Worten fand. Manche Illusion der Massen hätte nie das Licht der Welt erblickt.

Bei den Diskussionen über die Noëte, des Lebens wird meistens ein Zweig der Arbeiterbewegung übersehen, der vor allen anderen berufen ist, einen merkbaren Wandel zu schaffen, die Genossenschaftsbewegung. Liegt dem Wesen der Konsumgenossenschaften nicht der Gedanke zugrunde, daß der aus der Differenz zwischen Produktionskosten und Verkaufspreis entstehende Mehrwert nicht dem einzelnen, sondern der Allgemeinheit zufließen müsse? Und ist nicht der gemeinsame Bezug und Verbrauch von Nahrungsmitteln, Kleidungsstücken und anderen Bedarfsartikeln ein Stück — wenn auch eng begrenztes — Sozialismus? Die Genossenschaft produziert bisher nur wenige Artikel selbst. Die meisten Waren muß sie noch kaufen. Dieser Zustand ist doch aber nicht unänderlich. — Hunderttausend Privatgeschäfte verdanken ihre Existenz den breiten Volksmassen. Ein ungeheurer Strom von Handelsgewinn wird von den breiten Massen in diese Privatgeschäfte geleitet und damit dem Kapitalismus, den man politisch und gewerkschaftlich zu bekämpfen vorgibt, immer neue Kraft zugeführt.

Eine Arbeiterschaft, die ihre Zeit begreift, darf nicht zögern, sich einer Waffe zu bedienen die zu einer todringenden für das Kapital werden kann. Nicht ein Bruchteil nur, die große Mehrheit des arbeitenden Volkes muß zu der Erkenntnis kommen, daß man dem Kapitalismus nur auf seinem eigenen Gebiet, der Warenversorgung, beikommen kann. Man stelle sich einmal vor, der größte Teil der Arbeiterschaft wäre Mitglied der Konsumgenossenschaften und bezöge die meisten Waren aus diesen. Aus dem erzielten Reingewinn und den sonstigen Einzahlungen würden dann den Genossenschaften Kapitalien entstehen, die es ihnen ermöglichen, Fabriken aller Art zu errichten und jede private Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. In absehbarer Zeit würde das gesamte Privatkapital von dem gewerkschaftlichen Kapital überflügelt und die Genossenschaften zur ausschlaggebenden Kapitalmacht im Staate emporgestiegen sein. Mit dem Einfluß des Privatkapitals auf Gesetzgebung und Verwaltung, wie auf die gesamte Wirtschaftspolitik überhaupt wäre es dann endgültig vorbei und man könnte an Dinge heran gehen, die jetzt noch in nebelhafter Ferne liegen. Für die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit wäre die Bahn frei und der Kapitalismus erlebte seine Götterdämmerung. Jedoch — verlieren wir uns nicht in abstrakte Träumereien. Die rauhe Wirklichkeit zeigt uns ständig auf Neue, daß der größte Teil der Arbeiterschaft noch schwerfällig in den Tag hinein lebt.

Das darf uns jedoch nicht hindern, unermüdlich darauf hinzuweisen, daß nur der organisatorische Zusammenschluß in allen Zweigen der Arbeiterbewegung uns vorwärts bringen kann. Die Genossenschaftsbewegung verdient aber in dieser Zeit besondere Beachtung. Der Gewerkschaftskongress wird hoffentlich den Gewerkschaften die Verpflichtung auferlegen, die gewerkschaftliche Organisation ihrer Mitglieder nach Kräften zu fördern. Ein mehr oder weniger gelinder Zwang wird allerdings dabei unvermeidlich sein. Immerhin, ein Zwang aus wirtschaftlichen Gründen ist zu verantworten und ist in Vergangenheit und Gegenwart selbst innerhalb der besitzenden Klasse tausendmal geübt worden. Die Arbeiterklasse darf Eigenmut und Gleichgültigkeit umso weniger dulden, als sie nur durch geschlossenes, solidarisches Handeln die Zukunft gewinnen kann. Nicht im verzweifelten Anrennen gegen unumstößliche wirtschaftliche Tatsachen, sondern im zielbewußten Gebrauch aller proletarischen Kampfmittel wird der Klassenkampf der Neuzeit ausgefochten. F. K.

folge der jede Grundlage der Existenz vernichtenden Steigerung aller Preise der Lebenshaltung wesentlich zu verkürzen, fand leider nur unter Überwindung außerordentlich schwieriger Umstände Anerkennung. Als wir kurz vor den Septemberverhandlungen auf die unbedingte Notwendigkeit einer verkürzten Laufzeit der Lohnvereinbarungen hinwies und aus der Kenntnis der Dinge heraus in schneller Folge die Neuberatung und Neufestsetzung der tariflichen Mindestlöhne forderten, antworteten die Unternehmer mit einer erzwungenen Lohnvereinbarung auf die Dauer von vier Monaten. Daß die Zeit die von uns vorausgesehen und vorausgesagte Korrektur vornahm und den Willen der Unternehmer zerbrach, war nur natürlich. Besondere Umstände erforderten eben besondere Mittel. Die auf vier Monate getätigte Lohnvereinbarung hielt selbst unter Anspannung aller Kräfte gerade fünf Wochen. Dann mußten neue Verhandlungen gepflogen werden, wenn nicht das Gewerbe in direkte Vernichtungskämpfe verwickelt werden sollte. Obwohl auch die dann getätigten Lohnvereinbarungen noch weit unter der Grenze des Notwendigen lagen, gingen sie doch weit über das vorher als notwendig betrachtete Maß hinaus, ermöglichten aber, wenigstens in der Gesamtheit betrachtet, größere Kämpfe dem Gewerbe zu ersparen. Waren auch im Laufe des Jahres 1921 größere Lohnkämpfe im Gewerbe nicht zu verzeichnen, so hat es doch allerhand Plänkereien gegeben, die zu recht ersten Situationen gelegentlich führten. Es kann nicht Aufgabe eines kurz zusammengefaßten Jahresberichtes sein, die sich aus solchen Plänkereien ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Aber aus der Gesamtheit der Ereignisse muß die Beratung auf dem Verbandstage die Richtlinien ergeben, die für alle Kollegen verbindlich sind. Es kann auf die Dauer nicht angehen, daß eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Kollegen aus eigener Machtfülle den Verband in Situationen hineinmanövriert, deren Folgen die ganze Kollegenschaft zu tragen hat. Es kann auch auf die Dauer nicht angehen, daß eine Anzahl von Verbänden im Verbandsrat entstehen, die ohne Rücksicht auf die Gesamtheit tun und lassen, was sie allein für richtig halten. Wird die Taktik des Verbandes als falsch betrachtet, dann mag man für eine andere, bessere werben, aber solange die grundsätzliche Einstellung noch Geltung hat und von der Mehrheit der Kollegen gedeckt wird, hat auch die Minderheit danach zu halten. Ein anderes gibt es nicht, soll der Verband nicht in seiner Aktionskraft auf das stärkste geschwächt werden.

Bewegungen fanden im Laufe des Jahres 1921 statt: Ohne Arbeitseinstellung 39 in 1671 Orten in 11657 Betrieben mit 84133 männlichen und 96 weiblichen Beschäftigten. Bewegungen mit Arbeitseinstellung 65 in 62 Orten in 176 Betrieben mit 673 männlichen und 14 weiblichen Beschäftigten. Zusammen in 104 Fällen in 1733 Orten in 11833 Betrieben mit 85780 Beschäftigten. Alle 104 Bewegungen konnten durch Verhandlungen zwischen den Unternehmern und deren Vertreter und den Vertretern der Kollegenschaft beigelegt werden. Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen brauchten nicht geführt zu werden. Angriffsstreiks wurden mit anderen Verbänden gemeinsam geführt in 14 Fällen in 214 Betrieben. Beteiligt daran waren 354 Kollegen. An Ausgaben entstanden durch diese Bewegungen: Für Bewegungen ohne Arbeitseinstellung 83227 Mk., für Angriffsstreiks 105086 Mk., und für Kollegen, die an Kämpfen anderer Verbände beteiligt waren 51356 Mk.

An Lohnerhöhung wurde erzielt: Ohne Arbeitseinstellung für 85093 Mitglieder 2997586,60 Mk., mit Arbeitseinstellung für 687 Mitglieder 20610 Mk., zusammen für 85780 Mitglieder 3018196 Mk. Diese Summe verteilt sich folgendermaßen: Die eingetretene Lohnerhöhung betrug in der Woche:

	bis 5 Mark für	452 Personen
über 5	10	4186
10	20	26909
20	30	17572
30	40	11546
40	50	6134
50	75	10563
100	125	56
125	150	340

Die tariflichen Mindestlöhne betragen für die unter diese Tarife fallenden Kollegen in der Spitze am Ende des Monats in der Woche:

Art	Februar	April	Juni	August	Oktober	Dezember
Steindruck	Mk. 260	Mk. 260	Mk. 275	Mk. 275	Mk. 335	Mk. 435
Chemigraphie	239	254	254	267	317	397
Lichtdruck	265	280	280	293	353	413
Kunstdruck	280	280	280	295	340	440
Formenstich	278,40	288	292,80	292,80	336	499,20

Inzwischen haben sich die tariflichen Mindestlöhne mehr als verdoppelt. Aber nur die Zahl der Mark, die wöchentlich als Lohn zur Auszahlung kommen, hat sich erhöht. Die Kaufkraft des Lohnes ist wesentlich gesunken und dadurch eine Senkung der Lebenshaltung der Kollegen herbeigeführt worden. An dieser Tatsache ändern auch selbst die gewagtesten „wissenschaftlichen Untersuchungen“ der Unternehmer nichts.

Allgemeines.
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Der Verband im Jahre 1921.

Lohnbewegungen und Streiks.
Obwohl die Führung von Lohnbewegungen im Jahre 1921 noch nicht den heute in Geltung befindlichen Grad erreichte, legte doch das Jahresende den Grundstein dafür, die Laufzeit der in Geltung befindlichen Lohnvereinbarungen auf die Dauer eines Monats zu erzwingen. Das schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 ganz deutlich zu erkennende muß, die bisher auch im Graphischen Gewerbe übliche Laufzeit der getätigten Lohnvereinbarungen in-

Wenn man auf dieser Seite der Meinung ist, daß selbst die Gewährung des alleräußersten Existenzminimums aus dieser Produktion ausgeschlossen ist, und die Notlage der Gehilfen durch die Gesamtwirtschaftslage unserer Zeit ganz natürlicherweise begründet ist, dann muß eben die Art der Produktion verändert und an die Stelle der Individualwirtschaft die Gemeinwirtschaft gesetzt werden. Dann hört es auf, daß der einzelne kraft des Besitzes von Kapital sich so große Mengen notwendiger Gebrauchs- und Konsumgüter verschaffen kann, wie er sie für seinen dringenden Lebensunterhalt zu benötigen glaubt. Dann tritt ein, daß die erzeugte Gütermenge nach dem entsprechenden Arbeitsanteil zur Verteilung kommt. Ob diese Verteilung dann noch genau so ausfällt wie heute, wagen wir zu bezweifeln. Sicher aber ist, daß die Gehilfenerschaft unter solchen Verhältnissen nur besser fährt. Sei dem aber wie dem sei: Unsere Aufgabe ist und bleibt es, neben Umwandlung der Wirtschaft mit aller Macht und Kraft danach zu streben, unsere Lohnverhältnisse so zu gestalten, daß sie uns nicht nur ermöglichen zu leben, sondern uns ein Leben als Kulturmensch gestatten. Das sind wir nicht nur uns, sondern auch unserm Gewerbe schuldig, das noch leben wird, wenn die Lohnkämpfe, die heute geführt werden müssen, längst der Vergangenheit angehören.

Gau IV (Rheinland-Westfalen).

Köln Tagung zu Pfingsten 1922.

Zur selben Zeit als im deutschen Rom die Scharen der katholischen Gesellenvereine aus aller Welt zusammenströmten, um in Umzügen mit hundert von Fahnen die alte, und doch so morsche Macht der Kirche zu spiegeln, trat unweit des Kollinghauses unser Gautag zusammen. Im scharfen Kampfe der Meinungen sollten die Wege geebnet oder weniger beschwerliche gesucht werden für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Gauleiter Reiß eröffnete abends 7 Uhr, am 3. Juni, die Tagung mit der Mitteilung, daß zwei Mitgliedschaften nicht vertreten seien; 30 Delegierte anwesend, unter ihnen auch ein Kollege des Saargebietes zum Beweis dafür, daß alle Chikanen und turphohen Schwierigkeiten nichts vermögen an der Treue der Kollegenschaft. Mögen die Debatten dazu beitragen, das Band der Kollegialität und Solidarität fester zu fügen und die im Laufe des Jahres entstandenen Differenzpunkte sich abgleichen unter Würdigung der Gesamtlage des Verbandes. Die Anwesenheit des Kollegen Haß sei Genugtuung für die Vertreter, daß die Zentrale in Berlin dem Ernst der Verhältnisse Rechnung trage.

Die vom Gauvorstand vorgeschlagene Tagesordnung wurde angenommen mit dem Verlangen des Verbandsvorstandes, unter Verschiedenem nochmal die Wahl zum Gewerkschaftskongreß zur Beratung zu stellen.

Die Mitgliedschaft Köln ließ durch ihren Vorsitzenden Dietrich den Delegierten den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß die Tagung würdig sein möge dem Ernst der Lage. Nach einigen Liedern eines Doppelquartetts unter der Leitung eines unserer Kölner Kollegen wurde die Wahl des Bureaus vorgenommen. Als Vorsitzende fungierten die Kollegen Dietrich-Köln und Kalker-Solingen; als Schriftführer Stange-Köln und Schings-Stolberg. Der Mandatprüfungskommission wurde gleichzeitig auch die Auszählung der Stimmzettel zum Verbandstag übertragen, sie setzte sich aus den Kollegen Sinemus-Barmen; Engels-Aachen und Seltmann-Lüdenscheid zusammen.

Zu Punkt I „Wirtschaftspolitik“ sprach Kollege Haß. In etwa einer Stunde trug er eine Fülle überzeugender Tatsachen vor, deren Widerlegung unmöglich war.

Anschließend wurde eine reichhaltige Sammlung chinesischer Druckerzeugnisse gezeigt. Die Entwicklung der Drucktechnik im Ausland gibt uns zu denken und mahnt, daß wir in bezug auf Qualitätsleistung alles aufbieten müssen, wenn uns der Auslandsmarkt nicht vollständig verloren gehen soll.

Am Sonntagmorgen folgte als Punkt 2 „Organisations- und Tarifpolitik“ Referat Reiß. Die Politik der verantwortlichen Stellen des Verbandes war seit Magdeburg klar gezeichnet; unbekümmert aller Angriffe der Kollegen hat die Verbandsleitung versucht, das Ansehen der kleinen Organisation zu heben und den Verbandstagsbeschlüssen Geltung zu schaffen. Die so scharf bekämpften Arbeitsgemeinschaften mögen erhebliche Nachteile mit sich führen, unter den Auswirkungen des verlorenen Krieges werden wir sie nicht missen können. Abhängig von der Macht der uns umgebenden Dinge muß die Verbandspolitik auf realem Boden bleiben. Wer sich bestrebt den bestehenden Verhältnissen nachzugehen, wird ohne Flecht zugeben müssen, daß die Tarifpolitik nicht gelockert, sondern gefestigt werden muß. Die Tarifbindung muß eine engere werden trotz aller Angriffe; dem Verschmelzungsgedanken aller Tarife aller Graphischen Arbeiter muß weiterer Boden eingeräumt werden. Dann wird auch der Graphische Industrieverband als organisches Gebilde zum Nutzen der Arbeiterschaft erstehen. Eine Übereilung würde wohl diejenigen zu den schroffsten Gegnern machen, denen die Entwicklung heute nicht rasch genug geht. Der Jugenderziehung müsse mehr Aufmerksamkeit gewid-

met werden, denn die kommenden Generationen sind berufen, das zu bilden, wofür wir heute mit aller Leidenschaftlichkeit kämpfen. An der Jugend wird es liegen, ob der Sozialismus zur Reife kommen kann, oder ob all unsere Arbeit nutzlos gewesen. Die gegnerischen Kräfte arbeiten mit Hochdruck in Erkenntnis der Jugendaufgaben. Erhobenen Hauptes könne die Verbandsleitung zur Generalversammlung nach Nürnberg gehen im Bewußtsein ihrer Pflichterfüllung der Interessenvertretung der deutschen Kollegenschaft.

In der kurz anschließenden Diskussion zu den beiden Punkten kamen erneut all die Gründe gegen Arbeitsgemeinschaft und Tarifpolitik zum Ausdruck, da die Mehrzahl der Kollegen des Gau nicht verstehen kann, daß trotz der seit geraumer Zeit glänzenden Konjunktur im Gewerbe nicht die Möglichkeit vorhanden ist, die Löhne entsprechend der Vorkriegszeit an die Spitze der Industriearbeiter zu bringen. Im Allgemeinen wurde anerkannt, daß die Verbandsleitung getan habe was unter den Umständen zu tun möglich war.

Zum Punkt 3 „Gaubericht“ verzichtete Kollege Reiß zur Abkürzung auf weitere Erklärungen, da ja der Bericht schon vorher den Delegierten unterbreitet war. Bei verschiedenen Differenzfragen konnte an Hand des Beweismaterials der Nachweis sehr leicht geführt werden, daß anders gar nicht gehandelt werden konnte. Sachliche Einwände gegen die Tätigkeit des Gauleiters wurden nicht erhoben. Mit einem schroffen Mißton endete der zweite Tag infolge der politischen Gegensätze. Die Mandatprüfungskommission stellte am Montag fest, daß 24 Mitgliedschaften durch 30 Delegierte vertreten sind und 2 Mitgliedschaften fehlen. Die Vertreter gliedern sich beruflich in 21 Steindruckere, 3 Lithographen, 5 Chemigraphen und 1 Formstecher.

Zum Verbandstag sind für den Gau IV gewählt die Kollegen: Linhard-Essen; Schumacher-Barmen; Schwanitz-Bonn und Schmitz-Rheydt. Bei Beratung der Anträge zum Verbandstag wurde ein Teil zurückgezogen, die Mehrzahl dem Verbandstag als Material überwiesen und einige angenommen.

Unter Verschiedenem legte Kollege Haß im Auftrag des Verbandsvorstandes und des Beirates dem Kollegen Linhard, der zum Gewerkschaftskongreß durch Urwahl im Gau gewählt war die Frage vor, ob Linhard auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehe oder auf dem der Essener Anträge. Im letzteren Falle könne von der Delegation nach Leipzig keine Rede sein. Linhard bekannte sich, nachdem die Anträge Essen zum Teil zurückgezogen waren, zu den Verbandstagsbeschlüssen. Damit war die Frage im Sinne der Organisation erledigt.

Dem Gauleiter wurde ein einstimmiges Vertrauensvotum ausgesprochen; nach Erledigung mehrerer geschäftlicher Angelegenheiten konnte die Tagung am Montagabend 5 Uhr geschlossen werden im Bewußtsein, daß die Aussprache ihre Früchte tragen wird und daß der Geist der praktischen und damit allerdings schwereren Arbeit für die kommende Zeit an Boden gewinnen wird. m.s.

Der Betriebsrat

Deflation, Devaluation, Denominierung.

Von Dr. Kurt Grelling.

Der Handelsteil der bürgerlichen Presse sollte von Arbeitern mehr gelesen werden, als das bisher geschieht. Besonders gilt dies für diejenigen Arbeiter, die auf Grund des Aufsichtsratsgesetzes in die Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften usw. kommen. Diese Lektüre wird allerdings dem Arbeiter erschwert durch die Fülle von technischen Ausdrücken des Geschäftslebens und der Wissenschaft. Vielfach könnten dieselben Gedanken ebenso gut oder besser in alltäglichem Deutsch ausgedrückt werden, das auch der Mann aus dem Volke versteht. Aber daran liegt jenen Zeitungen gar nichts. Es kommt ihnen vielmehr darauf an, das ganze Gebiet des kaufmännischen Lebens durch eine möglichst fremdartige Ausdrucksweise dem Laien als ein unbetretbares Land erscheinen zu lassen.

Ich will heute ein paar Ausdrücke erklären, die in den Erörterungen über die Valuta- und Währungsfragen zuweilen auftauchen und von den Redakteuren der Handelszeitungen gern so gebraucht werden, als ob es selbstverständlich wäre, daß jeder Leser weiß, was damit gemeint ist; so daß derjenige, der es nicht weiß, sich seiner abgrundtiefen Unwissenheit schämt und vor dem gelehrten Redakteur um so größeren Respekt bekommt.

„Deflation“ ist das Gegenteil von „Inflation“. Diese ist ja nachgerade auch dem Arbeiter bekannt. Doch, um es nochmals zu sagen, „Inflation“ (wörtlich „Aufblähung“) ist die — mehr oder weniger willkürliche — Vermehrung des umlaufenden Geldes, für gewöhnlich Papiergeldes. Genauer ist Inflation eine nicht durch Vermehrung der Gütermenge bedingte Geldvermehrung. „Deflation“ ist dementsprechend die willkürliche Rückgängigmachung einer vorangegangenen Inflation, also eine Verminderung der umlaufenden Geldmenge, der keine Verminderung der Gütermenge entspricht. Hat die Inflation ein Steigen der Preise zur Folge,

so umgekehrt die Deflation ihr Sinken. Zu beachten ist, daß beide Vorgänge den Nennwert aller Forderungen und Schulden unverändert lassen. Bei Inflation steigen die Preise, es sinkt also die Kaufkraft des Geldes. Ein Schuldner der vom Gläubiger eine Summe Geldes zur Zeit der niedrigeren Preise erhalten hat und dieselbe Summe bei bedeutend höheren Preisen zurückzahlt, hat dadurch einen Gewinn. Der Gläubiger dagegen einen Verlust. Umgekehrt ist es bei der Deflation. Da gewinnt der Gläubiger und der Schuldner verliert. Eine Deflation kann vorgenommen werden, wenn die Gründe für die vorher getriebene Inflation entfallen und die Regierung bzw. die Notenbank den Wunsch hat, die früher als normal angesehenen Preise wieder herzustellen. Der Zweck kann auch der sein, die durch die Inflation entstandene Einkommens- und Vermögensverschiebung wieder rückgängig zu machen. Die Erfahrung der letzten Jahre scheint nämlich zu lehren, daß solche Verschiebungen immer mit einer Inflation Hand in Hand gehen. Daß sich diejenigen Vermögen, welche in der Hauptsache aus Geldforderungen bestehen, indem sie ihren Nennwert behalten, in ihrem Realwert entsprechend dem Steigen des Preisniveaus vermindern, ist ja selbstverständlich, ebenso daß die aus Sachwerten bestehenden Vermögen in ihrem Nennwert steigen, während sie ihren Realwert erhalten. Es scheint aber auch die Regel zu sein, daß das Realeinkommen der Arbeitnehmer abnimmt und zwar sowohl absolut als auch im Verhältnis zu dem Einkommen der anderen Volksklassen mit Ausnahme der Geldrentner. Diese tiefgreifenden sozialen Wirkungen der Inflation können nun durch die Deflation wenigstens teilweise wieder aufgehoben werden. Auf der anderen Seite hat die Deflation sehr gefährliche volkswirtschaftliche Wirkungen. Das zeigt das Beispiel der Vereinigten Staaten, wo im Jahre 1921 das Bundesreservemat, welches das dortige Geldwesen leitet, eine energische Deflationspolitik trieb, indem die von ihm geleiteten Notenbanken systematisch Gold und Papiergeld an sich zogen. Man weiß, welche verheerende wirtschaftliche Krisis in der gleichen Zeit in Amerika zum Ausbruch kam und wenn man auch nicht behaupten kann, daß diese Krisis ausschließlich der Deflationspolitik des Bundesreservemates zu verdanken ist, so ist doch kein Zweifel, daß diese Politik erheblich dabei mitgewirkt hat. Herrscht nämlich während einer Inflationsperiode das Bestreben vor, das an Kaufkraft ständig abnehmende Geld möglichst rasch in Sachwerte umzusetzen, so hält während einer Deflationsperiode jedermann sein Geld so lange wie möglich zurück, um es möglichst bei noch niedrigerem Preisstand auszugeben. Das lähmt naturgemäß den Absatz der Industrie, erzeugt dadurch große Arbeitslosigkeit, die ihrerseits die Krise verschärft, weil die Arbeitslosen nichts kaufen können. Wir sehen, die Deflation ist ein zweischneidiges Schwert, das mit großer Vorsicht gehandhabt werden sollte.

Die Devaluation hat mit der Deflation das gemein, daß sie eine Preissenkung hervorruft. Unter „Devaluation“ versteht man heute zumeist (früher war ein anderer Gebrauch des Wortes üblich) die durch einen Akt der Gesetzgebung vollzogene Herabsetzung des Nennwertes der im Umlauf befindlichen staatlichen Zahlungsmittel. Es wird z. B. durch Gesetz verordnet, daß alles Geld im Verhältnis 10:1 im Werte herabgesetzt ist, so daß also ein 100-Mark-Schein jetzt nur noch 10 Mark wert ist. Zuweilen bedient man sich auch der Abstempelung. Es werden dann alle Noten von einem bestimmten Datum an für ungültig erklärt, welche nicht zur Abstempelung an die Notenbank eingeleistet worden sind. Selbstverständlich müssen im Falle einer Devaluation alle Schulden oder sonstige vor dem Zeitpunkt der Devaluation vertraglich geregelten Zahlungen gleichfalls in demselben Verhältnis herabgesetzt werden. Der Schuldner einer Hypothek von 100 000 Mark schuldet dann also — in unserm Beispiel — nur noch 10 000 Mark und entsprechend vermindern sich auch die Zinsen.

Es leuchtet ein, daß die Devaluation keinerlei erhebliche volkswirtschaftliche Wirkungen ausüben kann. Im Grunde handelt es sich nur um einen Wechsel der wirtschaftlichen Maßeinheit, der auf die realen wirtschaftlichen Verhältnisse so wenig Einfluß haben kann, wie ein Wechsel einer physikalischen Maßeinheit auf die physikalischen Vorgänge einen Einfluß ausüben kann. Der Zweck der Devaluation ist in der Regel, sich von den, durch eine vorabgegangene Inflation übermäßig angeschwollenen Ziffern zu befreien.

Zuweilen versteht man auch folgendes unter „Devaluation“: Nach dem deutschen Münzgesetz soll ein 20-Markstück 7,168 Gramm reines Gold enthalten; 1 Mark entspricht also 0,3584 Gramm Gold. Dieses Gesetz ist zwar noch immer in Kraft, aber es hat heute noch historische Bedeutung. Die Reichsbank zahlt bekanntlich heute für ein 20-Markstück 1200 Mark (vielleicht ist der Betrag bis zum Erscheinen dieses Artikels schon auf 1400 Mark heraufgesetzt). Auf dieser Grundtage berechnet bekommt man also heute für eine deutsche Reichsmark nur rund 6 Milligramm Gold. Man könnte nun das Münzgesetz derart ändern, daß man diesen Preis gesetzlich festlegt. Auch das nennt man zuweilen „Devaluation“. Allerdings denkt heute wohl nie-

(Fortsetzung in der Beilage)

mand erstnaft an eine solche Maßnahme, weil sie, so lange der internationale Kurs des deutschen Geldes nicht stabilisiert werden kann, offenbar zwecklos wäre.

Der Ausdruck „Denomination“ scheint erst neuerdings in die Währungs-literatur eingeführt zu sein. Mir ist er zum ersten Male in einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ über ein Buch von Dr. Schaefer „Klassische Valutastabilisierungen“ begegnet. Dort wird er folgendermaßen definiert: „Gleichmäßige Herabsetzung aller Markrechnungen zum Abbau der Riesenziffern“. Darunter kann man also dasselbe verstehen, was oben als „Devaluation“ in der ersten Bedeutung dieses Wortes beschrieben worden ist. Vielleicht ist aber auch ein Vorgang gemeint, wie er sich jüngst in Rußland abgespielt hat. Dort hat die Sowjetregierung einen neuen Rubel, den „Sowjetrubel 1922“ eingeführt, den die russische Staatsbank im Tausch gegen je 10 000 alte Sowjetrubel ausgibt. Damit ist also eine neue Münzheit geschaffen, die zunächst noch neben der alten besteht, in der ausgedrückt jedoch alle Preise um das Zehntausendfache herabgesetzt erscheinen, was noch den weiteren Vorteil bietet, daß man bei Zahlungen mit viel kleineren Papiermengen auskommt. Auf Schuldverhältnisse hat selbstverständlich eine solche Maßnahme keine besondere Wirkung.

Wir sehen: Von wirtschaftlicher Bedeutung ist von den drei Operationen nur die Deflation. Der Leser wird aber gut daran tun, sie sich alle drei zu merken und ihre Bedeutung auseinander zu halten, denn sie werden zweifellos bei den Erörterungen über die kommende deutsche Währungsreform eine Rolle spielen.

Der Lithograph.

Deutscher Lithographen-Bund in Liquidation.

Abschlußabrechnung vom 1. April 1914 mit 1. Juni 1922

Einnahmen:		
Kassenbestand am 1. April 1914	Mk. 681,58	
Zinsen	142,90	
Summa	Mk. 824,48	
Ausgaben:		
Krankengeldzuschuß:		
590 Tage à Mk. 1,-	Mk. 590,-	
125 " " " -66	82,50	
18 " " " -33	5,94	
Verlust bei Verkauf von 3 1/2% Papieren	92,75	
Depotgebühren und Portoaussgaben	17,29	
Verwaltungskosten	36,-	
Summa	Mk. 824,48	

Abgleichung:		
Einnahmen	Mk. 824,48	
Ausgaben	824,48	
	Mk. --	

Nürnberg, den 1. Juni 1922.

Für die Richtigkeit:
Die Revisoren: **Tobias Ott**; Beisitzer: **Albert Schulz**; **Fr. Löfflein**, Geschäftsführer.

Den Mitgliedern des ehemaligen Lithographen-Bundes zur Kenntnis, daß mit 1. Juni die Liquidation der Kasse des Lithographen-Bundes beendet ist; mit gleichem Zeitpunkt hat sich die Liquidationskommission aufgelöst.

Anfragen in Angelegenheit der Liquidation, können nur Berücksichtigung finden, wenn Rückporto beigelegt ist und werden durch den ehemaligen Geschäftsführer **Friedrich Löfflein**, Nürnberg, Ludwig-Feuerbachstraße 38 II erledigt.

Bücher wie Belege stehen bis 1. Juni 1925 zur Verfügung.

Die photomech. Fächer.

Ortsberichte.
Berlin, Chemigraphen! Zwei Versammlungen der Gruppe der Chemigraphen am 15. und 22. Juni 1922 hatten zum Thema: Unsere schlechte wirtschaftliche Lage und die Schwarzen Listen der Unternehmer.

Fast zwei Jahre währende, außerordentlich gute Beschäftigungsmöglichkeit in der Chemigraphie und ungenügende Entlohnung unserer Kollegen. Widerwärtig ist der Kampf, den unsere Unterhändler jedesmal bei den zentralen Verhandlungen zu führen haben, und offensichtlich denn je, daß die Unternehmer alle tariflichen Bestimmungen nur zu ihrem Vorteil angewandt sehen wollen. Unsere Lebenshaltung ist von Monat zu Monat weiter zurückgefallen, — das sehen auch manche Unternehmer ein, — doch durch die unzeitgemäßen Abschlüsse werden manche Betriebe und Kreise direkt zu Aktionen, die zu Lohnausgleichen führen sollen, gezwungen, durch die Behandlung dieser Dinge durch die Unternehmer.

Doch immer wieder dieselbe Entrüstung. Derselbe Hinweis auf Erfüllung der tariflichen Bestimmungen, wenn unsere Kollegen die angetragenen Überstunden nicht mit der geforderten Begeisterung erledigen wollen, zur noch größeren Erhöhung der Profiteure.

Nein meine Herren, es stimmt nicht, auch unsere Kollegen haben einsehen gelernt, daß uns die 48stündige Arbeitszeit ernähren muß, und die Äußerung des Herrn Frisch, daß unsere Kollegen gerne Überstunden machen wollen, nur aus Angst vor der Organisation sie verweigern, hat durch ein schallendes Gelächter die verdiente Bewertung gefunden. Wir werden aber genau die tariflichen Bestimmungen erfüllen, verlassen Sie sich darauf.

Wenn aber nun, wie geschehen, die Unternehmer noch zu Maßnahmen greifen, die man zwar durch die Zeitverhältnisse als überholt betrachten kann, die aber erreichen sollen, daß wir durch legale tarifliche Mittel, nämlich den Stellungswechsel, verhindert sein sollen, unsere Lebenslage erträglicher zu gestalten, so mögen sie wissen, was sie durch die Anwendung der Schwarzen Listen aufs Spiel setzen. Wir sind gewillt, mit allen Mitteln, den noch bestehenden Tarif zur Anerkennung zu verhelfen. Das vorliegende Original der Schwarz-Liste, nebst einem Nachtrag, zeigt 8 Namen von Kollegen, die in keiner Berliner Anstalt eingestellt werden sollen.

Die mehrstündige erregte Debatte an beiden Abenden, die sehr oft getragen war, von leidenschaftlichen Forderungen zu sofortigem Handeln, wurde doch beherrscht von kühlen verstandesmäßigen Erwägungen, die ihren Ausdruck fanden in folgender Entschließung:

Die Berliner Chemigraphen nehmen Kenntnis von dem Gang der letzten Lohnverhandlungen und bekunden, daß beim kommenden Abschluß, wenn nicht ein gebührender Ausgleich für die Rückstände der letzten Monate und die enorme, stündlich steigende weitere Verteuerung geschaffen werden kann, die Verhandlungen abgebrochen werden, und eine Urabstimmung entscheiden soll.

Die Existenz der Schwarzen Listen, die es verhindern sollen, auf tarifrechlichem Wege, durch den Stellungswechsel unser Los zu verbessern, ist ein elementarer Bruch des geltenden Tarifvertrages. — Wir fordern vom Verbandsvorstand als Vertragspartei unverzüglich dafür zu arbeiten, daß der gesetzliche Zustand wiederhergestellt wird, und erklären in andern Falle, uns als nicht mehr unter dem Tarifvertrag stehend.

Diese Kampfesweise wird von uns gebrochen werden durch einmütiges, diszipliniertes und solidarisches Zusammengehen.

Kollegen, die sich bereits geschädigt fühlen, sollen klagbar vorgehen.

Zuzug ist für Berlin nicht zu empfehlen. Kollegen, tue jeder seine Pflicht, jeder einzelne ist verantwortlich der Gesamtheit!

Feuilleton.

Der Maibock.

In der Annahme, daß der sehr geehrte Redakteur nichts dagegen hat, wenn ich den fürchtbar sachlichen Inhalt der Graphischen Presse einmal mit einem humoristischen Beitrag unterbreche, möchte ich Euch eine wahre Geschichte erzählen.

Würde da in den drückend heißen Tagen des Monats Mai auf dem Hofe einer großen Druckerei in einer großen Stadt des nördlichen Deutschlands ein Faß Münchener Maibock abgeladen als Spende einer Fabrik, mit der die besagte Druckerei in enger Geschäftsverbindung steht. Die Direktion der Druckerei, loyal wie schon öfter, war nun der löblichen Meinung und willens diesen Maibock (schon der Name läßt dem Kenner eine Flüssigkeit im Munde zusammenlaufen, die der Chemiker H₂O nennt) demjenigen Personal zukommen zu lassen, das die Erzeugnisse der freundlichen bayerischen Firma verdrückt.

Aber ach! Das Haus ist groß und der Direktor ist weit und ein Faß Maibock ist eine Sünde wert, weshalb es kam, daß der Maibock nicht in die Druckerei, sondern unter Aufhebung des Gesetzes der Schwerkraft in den 3. Stock eskamotiert wurde, dort in eine Ecke des Musterraumes trudelte und von sorgenden Händen mit kühlem Eis bedeckt ward. Und gen Abend, als die Arbeitsbienen ihre unterschiedlich blauen, braunen und grauen Arbeitsröcke ausgezogen hatten und durch das große Tor davongeströft waren, hub da oben ein gar gewaltig Trinken an. Und da es sich zeigte, daß ein 1/2 hl Maibock ein Ding ist, das es in sich hat, blieb dem kleinen Kreis Auserwählter, die sich vermessen hatten obigem Quantum an den Leib zu gehen, nichts anderes übrig, als nach dem Muster großer Feldherrn Verstärkung heranzuholen. Und sie kamen alle, die kleinen und kleinsten Angestellten, sie sonnten sich im Kreise der hohen und höheren und labten sich am bayerischen Bier. Als Mitternacht die Stunde schlug, war der Münchener Bock erledigt, abgetan, ex. Vor seinem Ende mußte er noch einige Reden und mit ungeübter Zunge gesungene bayerische Schnadähüpfel über sich ergehen lassen. Kurzum es war recht nett. Wenn ich als gewissenhafter Chronist noch berichte, daß anderen Tag's drei Scheterfrauen die Spuren des Bocks und anderes mehr von der Wälsstätt räumten, so wäre die Geschichte dieses Bocks zu Ende. Er ruhe sanft!

Aber wenn ich auch nicht sagen kann, daß man die Rechnung ohne den Wirt gemacht hat, so muß ich doch zugeben, daß man sie ohne die Gäste und zwar ohne die ungeladenen Gäste gemacht hat. Denn die Drucker (oh diese Drucker, diese Hechte im Karpenteich) hatten Lunte, in diesem Fall den Mai-

bock gerochen. Diese Drucker, die seit Senefelders Zeiten über einen ausgedehnten Durst und eine leistungsfähige Gurgel verfügen machten Stunk; durchaus keinen gemeinen Proletenstunk, nein im Gegenteil; sie übergaben dem Betriebsrat ein im Stil der Ententnoten gedrehtes Protestschreiben. Dieser verfügte sich damit zur Direktion und diese verfügte wieder: Die Drucker haben zwar in der Sache recht, hingegen könne die Direktion den Ton der Note nicht billigen und außerdem Geschehenes nicht ungeschehen machen.

Und wenn Ihr Euch liebe Kollegen nun einbildet, die Drucker hätten sich mit dem ebenso billigen wie salomonischen Urteil zufriedengegeben, so ärrt Ihr. Diese Drucker nicht! Ebensowenig wie sie nachgeben, wenn mal eine Papiersorte nicht glatt und faltenlos durch die Maschine will, ebenso lassen sie nicht nach, wenn ein Maschinengetüm nicht nach ihrem Willen läuft. Und schon gar nicht lassen sie locker, wenn es gilt ihr Recht zu finden. Sie haben deshalb die für die Bierverteilung verantwortlichen Herren auf Nachlieferung belangt. Wie diese „Belangung“ ausfallen wird, kann nicht fraglich sein. Denn wo das Eigentumsrecht so ausgeprägt ist, kann es auch einem Maibock keine Konzessionen machen. Es muß deshalb schon dabei bleiben, daß der Maibock noch nachträglich in zweiter Auflage geschlachtet wird. Deshalb her mit requiriertem Maibock.

(Es soll noch ein Schluß konstruiert werden der bewirken soll, daß die Drucker endlich zu ihrem Faß „Maibock“ kommen.)

Eingegangene Schriften.

Der Sozialismus einst und jetzt. Streifengraph des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart von Eduard Bernstein, 1922. Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis Mk. 20.—

Eduard Bernstein hat im Sommerhalbjahr 1910 an der Berliner Universität „Gastvorlesungen“ über die Grundfragen des Sozialismus gehalten, Vorlesungen, die den Hörer mitten hinein in die großen Streitfragen des Sozialismus führen. Das eigentliche wissenschaftliche Fundament des modernen Sozialismus sieht Bernstein dabei in der von Marx und Engels ausgeleiteten Entwicklungstheorie, in der mit voller Klarheit der Gedanke von der organischen Natur der sozialen Entwicklung zum Unterschied von der Auffassung dieser Entwicklung als eines mehr mechanischen oder demisch bestimmter Vorgangs zu seinem Recht kommt. Mit diesen Worten charakterisiert Bernstein selbst trefflich die hohe Betrachtungsweise des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses, dessen Wesen er lebendig und volkstümlich zur Darstellung bringt.

Kulturlehre des Sozialismus. Ideologische Betrachtungen von Gustav Radbruch. Berlin 1922. I. H. W. Dietz Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin, SW 168. Preis Mk. 12.—

Genosse Radbruch will in seinen Ausführungen nichts Fertiges, nichts Abgeschlossenes über den neuen Kulturinhalt des Sozialismus vortragen. Er charakterisiert seine Ausführungen treffend selbst nur der Form nach als Antworten, der Abmahnung aber als Fragen an Mitdenkende. Sie sollen zum Ausgangspunkt fruchtbarer Auseinandersetzungen dienen, sie sollen im Meinungskampf erst den neuen Gemeinschaftsbegriff mit lebendigem Inhalt füllen.

Die Inauguraladresse der internationalen Arbeiter-Association. Von Karl Marx. Übersetzt von Luise Kautsky. Herausgegeben und kommentiert von Karl Kautsky. 1922. I. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart und Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis Mk. 10.—

Den Geist der ersten Internationale ergründet nur der, der sich in das Studium der Marx'schen Inauguraladresse versenkt. Die großen sozialistischen Grundgedanken, die elementarste die Manifeste und Beschlüsse der ersten Internationale befehl haben, entströmen dieser Adresse: die Erwerbung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaft durch eine tiefgreifende Arbeiterschutzgesetzgebung und durch ein staatlich unterstütztes Genossenschaftswesen, den Aufbau der gesamten auswärtigen, bisher von der Geheimdiplomatie geleiteten Politik auf einer neuen von der Arbeiterklasse geschaffenen Grundlage. Zum ersten Male gibt Karl Kautsky das Marx'sche Programm der Internationale als selbständige, besondere Schrift heraus, und es erscheint in einer neuen, von Genossin Luise Kautsky angefertigten Übersetzung. Diese ist von allen englischen Redewen-Jungen gereinigt, ganz deutsch, und in ihr flammt das revolutionäre Feuer von Karl Marx.

„Volkstümliche Einführung in das Marx-Studium.“ Von Paul Fischer. Durchgesehen und vervollständigt von Paul Kampffmeyer. 1922. Verlag I. H. W. Dietz Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis Mk. 6.—

Die Tatsache, daß nicht selten aus parteigegolischen Gründen tendenziöse Lehren von Karl Marx verzerrt werden, macht eine volkstümliche Einführung der Arbeiterklasse in die Gesellschaftstheorie und in die nationalökonomischen Theorien von Karl Marx zu einer politischen Notwendigkeit. Die Schrift von Paul Fischer, die früher wegen ihrer volkstümlichen Darstellungsweise zum ersten Male die „Sozialistische Theorie“ ist, wird wesentlich erweitert, um den Nationalökonom, Soziologen und Historiker Marx den Arbeitern völlig verstehen zu lehren. Die Schrift gibt überdies in knappster Zusammenfassung den Inhalt des Marx'schen „Kapital“ wieder.

Sozialistische Theorien u d sozialdemokratische Programme. Eine volkstümliche Einführung in den Sozialismus von Paul Kampffmeyer. 1922. I. H. W. Dietz Nachf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis Mk. 2.—

Die sozialdemokratischen Programme sind Niederschläge der bahnbredenden, die sozialistische Bewegung beseelenden Theorien. Das Gothaer Programm hat den Lassalleismus, das Erfurter den Marxismus zur Vo aussetzung. Wer zum vollen Verständnis des heutigen Gölitzer Programms gelangen will, der muß die theoretischen Grundlehren unserer großen Meister Marx, Engels und Lassalle beherrschen. Die klassischen Flugblätter dieser Theoretiker behandelt Kampffmeyer in seinem Schriftchen: „Sozialistische Theorie und sozialdemokratische Programme“. Mit der kurzen Darlegung des Ideengehaltes dieser Schriften will K. den Leser zugleich in den Sozialismus selbst einführen und zum eifrigsten Studium der grundlegenden Werke unserer führenden Sozialisten anfeuern.

Eingegangene Gelder.

Für das 1. Quartal 1922 gingen noch folgende Beiträge ein:

Aachen 5 000,—, Altenburg II. Rate 1 900,—, Aschaffenburg 4 749,30, Aschersleben II. Rate 3 400,—, Augsburg II. Rate 2 450,—, Barmen 27 468,60, Bautzen III. Rate 5 893,60, Berlin 220 000,—, Bielefeld 5 500,—, Bramschre 746,65, Brandenburg III. Rate 1 200,—, Braunschweig 11 000,—, Bremen 11 000,—, Breslau 16 600,—, Buchholz 3 350,90, Bunzlau 460,—, Burgstädt 2 089,55, Cassel II. Rate 2 000,—, Chemnitz II. Rate 12 000,—, (Coblenz 2 580,—, Limburg 534,70) Köln III. Rate 3 000,—, Cöslin 100,—, Crefeld II. Rate 3 000,—, Darmstadt 4 743,85, Dessau 2 300,—, Dortmund 5 600,—, Dresden II. Rate 23 000,—, Düren 3 550,—, Düsseldorf III. Rate 9 400,—, Ebersbach 1800,—, Erfurt 8 500,—, Essen 5 500,—, Frankfurt a. M. II. Rate 28 000,—, Frankfurt a. O. II. Rate 2 000,—, Freiburg i. Schl. 1 788,90, Gera II. Rate 4 500,—, Gleiwitz 1 723,80, Göppingen 2 000,—, Görlitz 1 715,25, Gotha II. Rate 2 070,35, Greiz 1 900,—, Grimma 3 696,35, Halle 8 000,—, Hameln 419,50, Hamburg III. Rate 3 900,—, Hanau II. Rate 8 867,26, Hannover II.

Rate 17 388,55, Harburg 300,—, Heidelberg 17 033,52, Heidenau 4 602,47, Heilbronn III. Rate 2 700,—, Herford 3 506,30, Hildesheim 3 800,—, Hirschberg 2 560,—, Hofgöhlenau 1 898,05, Jena 703,53, Iserlohn III. Rate 3 652,70, Karlsruhe II. Rate 5 400,—, Kattowitz 547,—, Kaufbeuren 4 500,60, Kempen 1873,75, Kempten 1698,—, Kiel 2 500,—, Königsberg 2 600,—, Lahr 10 000,—, Leipzig III. Rate 10 000,—, Lübeck III. Rate 2 362,—, Lüdenscheid 1 600,—, Lüneburg 200,—, Magdeburg III. Rate 1808,55, Mainz III. Rate 950,—, Meißen 5000,—, Mühlhausen i. Th. 2019,05, München I 38 504,—, München II 40 000,—, Neurode 3 630,—, Neuruppin 1 648,60, Niedersiedlitz III. Rate 1 000,—, Nordhausen 1 450,—, Offenburg III. Rate 500,—, Osnabrück 600,—, Pforzheim 1500,—, Potsdam 675,—, Regensburg 900,—, Reichenbach 2 920,—, Rheydt III. Rate 6 765,—, Saalfeld 10 000,—, Saarbrücken 600,—, Schleittau 2 592,—, Schramberg 1 449,—, Schweidnitz II. Rate 600,—, Schwenningen 1 200,—, Schwerin 1 400,—, Selb 4 800,—, Sobornheim 1 930,47, Solingen 3 411,—, Stettin II. Rate 2 223,30, Stuttgart III. Rate 5 000,—, Ulm 1 600,—, Viersen III. Rate 1 177,90, Waldenburg II. Rate 1 688,50, Waldkirch 4 900,—, Wanfried 4 960,40, Wesel 500,—, Würzburg II. Rate 7 200,—, Würzen

2 878,56, Zeitz 1 878,90 und Zittau 2 900,05.
Für das 2. Quartal 1922 gingen folgende Beiträge ein:
Altenburg 2 500,—, Bautzen 17 500,—, Berlin 60 000,—, Bielefeld 5 500,—, Bonn 2 000,—, Brandenburg 11 800,—, Braunschweig 7 000,—, Buchholz 1 000,—, Chemnitz 12 000,—, Cöln 6 000,—, Crimmitschau 9 000,—, Danzig 2 000,—, Darmstadt 56,15, Detmold 11 250,—, Dresden 79 000,—, Düsseldorf 4 000,—, Einbeck 3 000,—, Frankfurt a. M. 8 000,—, Gera 3 000,—, Glogau 4 000,—, Gotha 1 300,—, Grimma 2 000,—, Halberstadt 5 000,—, Halle 2000,—, Hamburg 29100,—, Hanau 12132,74, Hannover 26 000,—, Heilbronn 4000,—, Iserlohn 4 000,—, Karlsruhe 5 500,—, Lahr 10 000,—, Leipzig 315000,—, Lübeck 5800,—, Lüdenscheid 200,—, Magdeburg 18 000,—, Mainz 7 000,—, M.-Gladbach 3500,—, Neuruppin 2000,—, Niedersiedlitz 6650,—, Nürnberg 37 000,—, Offenbach 1400,—, Offenburg 3 000,—, Saalfeld 4 207,70, Schweidnitz 500,—, Stettin 4 000,—, Stolberg 1 500,—, Ulm 500,—, Viersen 1 500,—, Waldenburg 4 000,—, Würzburg 5 000,— und Zwickau 5 500,—.
Berlin, den 26. Juni 1922 *Wilh. Brall.*

Tüchtige Strich-, Auto- und Farbätzer, Fräser und Monteure
werden bei gutem Lohn sofort eingestellt. Bewerbungen mit Angabe des Alters und Lohnforderungen an **Dr. Selle & Co., A.-G.,** Chemigraphische Kunstanstalten, Berlin SW. 29, Zostenerstr. 55.

Zwei tüchtige MASCHINENMEISTER
für lithographische Flachdruckpressen in dauernde Stellung gesucht.
KRAMP & COMP., OFFENBACH A. M.

LITHOGRAPH
In angenehme, gutbezahlte Dauerstellung für alle vorkommenden Arbeiten, der auch eventl. den Chef vertreten kann, zu möglichst bald gesucht. Offerte mit Muster und Gehaltsansprüchen
J. Rheinberger Nachfl., Kaiserslautern.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt
Ia Positiv-Retuscheure
in angenehme Dauerstellung. Gefl. Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche und Zeugnisse, sowie des frühesten Eintrittstermines erbeten an
Hodes & Co., G. m. b. H., Graphische Kunstanstalt, Köln, Maybachstr. Nr. 159.

NOTENSTECHER
stellen ein
C. G. Röder, G. m. b. H., Leipzig, Gerichtsweg 5/7.

Tüchtiger Lichtdruck-Maschinenmeister
für Schwarz möglichst per sofort in dauernde Stellung gesucht.
Junghans & Koritzer, Meiningen.

Jünger, tüchtiger, unverheirateter
lithograph. Maschinenmeister oder Umdrucker
für feinste Chromarbeiten
findet sofort Stellung nach vorherigem Besuch mit Zeugnissen bei
Ernst Günther, G. m. b. H., Gera-R

Wir suchen für unsere Umdruckerei zum baldigen Antritt
1 Fertigmacher
1 Abzugmacher
Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Altersangabe an
Rob. Leunis & Chapman, G. m. b. H., Paperverarbeitungswerke, Hannover.

Erfahrenen Steindruck-Umdrucker und tüchtigen Lichtdruck-Maschinenmeister
mögl. per sofort in Dauerstellung gesucht.
Dr. Trenkler & Co., Leipzig-Stötteritz.

Für mein zweites Geschäft im neuerbauten Hause werden noch einige
Retuscheure für erstklassige Maschinenretuschen,
Lithographen für moderne Reklame
(flott in Schrift und Zeichnungen)
Autoätzer und Nachschneider
per sofort oder später in gutbezahlte Stellung gesucht.
Verenigte Chemnitz Kunstanstalten K A Machleb, Chemnitz, Thalersr 12.

Tüchtiger jüngerer Steindruck-Maschinenmeister
für Großformat 87 x 112 cm für sofort gesucht.
Illert & Ewald, Groß-Steinheim b. Hanau a. Main.

Wir suchen noch einen erstklassigen
Offset-Maschinenmeister, mehrere Umdrucker und Flachdruckmaschinenmeister
für hochwertigen Chromdruck. Gefl. Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten an
Gebr. Obpacher, Akt.-Ges., München.

Offset-Maschinenmeister
für Frankenthaler Maschine mit Universalanleger, nur durchaus zuverlässige und befähigte Kraft zu baldigem Eintritt bei gutem Lohn in Dauerstellung gesucht Dienstwohnung vorhanden.
Heinrich Rudolf Schüller, G. m. b. H., Bruchsal.

Steindruck-Maschinenmeister, Umdrucker und Chromolithograph
für sofort gesucht. Ausführliche Angebote und Zeugnisabschriften an
Otto Richter & Co., Erfurt, Auenschanze 1-2.

Tüchtiger Umdrucker und tüchtiger Steindruckmaschinenmeister
in dauernde Stellung gesucht.
W. Hageberg Akt.-Ges. Berlin NW. 6, Marienstraße 19.

Tüchtiger, lediger Blechdruckmeister
für Flachdruck-Schnellpresse zum sofortigen Eintritt bei hohem Lohn gesucht.
Metallgravüren- und Metallwarenfabrik, G. m. b. H., Klingenstein b. Ulm, Wttbg.

Einige Ia Maschinen-Retuscheure
finden noch dauernde angenehme Stellung.
Graph. Kunstanstalt Franz Barth, Leipzig, Ritterstr 50

Erfahrener, gewissenhafter UMDRUCKER
in dauernde Stellung für feinstes Merkantil und etwas Bunt gesucht. Angebote mit Mustern und Zeugnis, Altersangabe und Ansprüchen erbeten.
Merzdorf & Frosch, Saalfeld a. d. S.

Tüchtige UMDRUCKER und Maschinenmeister
für Steindruck für sofort oder später gesucht.
Fr. Dietz, Düsseldorf Postfach 542.

Mehrere FARBÄTZER
nur gute, selbstständig arbeitende Kräfte gesucht.
Walter Grätzmacher, Berlin SW. 61.

Gesucht werden per sofort oder später in dauernde, angenehme Stellung
2 Merk.-Lithographen
die in Schrift und Zeichnung wirklich Tüchtige leisten und auch im Entwurf Erfahrung haben.
Offerte mit Muster erbeten
Franz Kaufmann, Kunstanstalt, Stuttgart.

Tüchtiger Blechdruck-Maschinenmeister
gesucht. Gefl. Angebote erbeten an
Anton Pick & Co., Köln-Nippes, Neuberstraße 467/75.

Tüchtige Umdrucker
für Chromo und Merkantil gesucht.
Paul J. Landmann, Lithogr. Kunstanstalt, Mannheim-Neckarau.

Kupferdrucker
suchen
Meisenbach Riffarth & Co., Berlin-Schöneberg.

Perfekter, absolut sicherer Autoätzer
findet angenehme Dauerstellung bei
Fritz Hausmann, Darmstadt.

Tüchtiger Strich-Ätzer
sofort gesucht. Gefl. Offerten erbeten an
Ludwig Kriegbaum, Nürnberg, Maxfeldstr. 39

Verschiedenes
Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen**

GOLDPETOL TROCKENPETOL

als Zusatz zur Goldunterdruckfarbe, bewirkt unbedingtes Haften sowie einen bisher unerreichten Hochglanz bei Bronzedruck

ermöglicht schnellstes Trocknen der Auftragen nach dem Druck und macht die Farben geschmeidig und druckfähig

ALLERLEINIGE HERSTELLER:
BENSEL & GRÖNE - DETMOLD 26
Läger in allen größeren Plätzen des In- und Auslandes.